Communal-Correspondenz

STIEFENHOFER.

Herausgeber und Redacteur **Rudolf Stiefenhofer**

VIII. Josefstädterstrasse 32.

7. Jahrgang. *Druck von Rud. Stiefenhofer.*

186

№ 113

Wien, Dienstag 18. Mai 1897.

Reorganisirung des Wiener Magistrats.) Gestern wurde der umfangreiche, mit Übersichtstabellen versehene und mit zahlreichen Berechnungen ausgestattete Referat über die personelle Reorganisirung des Magistrats dem Stadtrath vorgelegt und vom Magistratsdirector Tschan und vom Magistrats-Vicedirektor Preyer als Referenten dem Bürgermeister überreicht.

Dasselbe gelangt gleichzeitig zur Vertheilung an die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderathes.

An den vielen Berathungen betheiligten sich außer den Genannten Magistratsrath Dr. Radlauer und Bauoberrath Oberdiretor Schaeuber.

Das Referat stellt in der Einleitung das bestehende Mißverhältniß der Arbeitskräfte zu dem Umfange der zu bewältigenden, fortwährend wachsenden Arbeitslast, sowie der Stellenzahl in den höheren zu jener der beiden untersten Rangklassen, wodurch die allgemeine Klage über die ungünstigen Avancementsverhältnisse hervorgerufen wurde, ziffernmäßig dar und weist auf die Regelung der Bezüge der Staatsbeamten mittelst Aufstellung eines neuen Gehaltsschemas hin.

In erster Linie wird die Vermehrung des Personales, in zweiter eine entsprechende Neuaufstellung der Stellen auf die einzelnen Rangklassen, zuletzt aber auch eine Erhöhung der Gehalte in den untersten Rangclassen als nothwendig bezeichnet.

Die wirkliche, d. i. zur Zeit des gegenwärtig bereits vorhandenen Bedarfes dieser Vermehrung umfaßt 57 Beamtenstellen; außerdem sind anstatt 20 der vorhandenen Dienerstellen ebensoviel Beamtenstellen beantragt. Die außerordentliche Vermehrung erstreckt sich vorzugsweise auf die Hauptverwaltung infolge der durchgeführten Staatsreform und umfaßt in

ihrer im Laufe der Zeit und nach Maßgabe des Bedürfnisses erfolgenden Ausgestaltung beim Hauptamt 76 Beamte und beim Executionsamt 60 Beamte und 10 Diener.

Die Neuaufstellung der Stellen auf die Rangklassen soll im Allgemeinen nach einem einheitlichen System für alle gleichwerthigen Beamtenstellen, d. i. nach einem procentualen Aufstellungsschlüssel erfolgen, um Unbilligkeiten und Härten zu begegnen. Der Ermittlung dieses Schlüssels wurde die Studienzeit der einzelnen Beamtenkategorien, somit das geforderte Maß von Vorbildung für den Beruf und die Anzahl von Dienstjahren, welche in einer Rangklasse zurückzubringen sind, zugrunde gelegt; in den höheren Rangklassen soll aber der wirkliche Bedarf an Stellen maßgebend sein. Während gegenwärtig auf die beiden untersten Rangclassen und die Practikantenstellen 68% aller Stellen entfallen, soll dieses Verhältnißprocent künftig nur 57 betragen. Im Hinblick auf die beschränkten Mittel der Gemeinde wird eine Verbesserung des Gehaltsschemas in höheren beantragt, als in den Gehaltsstufen der beiden untersten Rangclassen, anlehnend

[illegible] Gehaltserhöhung um 100 fl erhalten soll und die höheren Gehaltsstufen in den Rangklassen X a bis VI nur vier und in den beiden obersten Rangclassen nur 3 Jahre, anstatt wie gegenwärtig erst nach 5 Jahren erreicht werden sollen. Den Beamten der 3 untersten Rangclassen soll nach 16 und nach 20 in einer und derselben Rangclasse vollstreckten Dienstjahren in die Pension einrechenbare Dienstalters-Personalzulagen von jährlich 100 fl gewährt werden.

In der Titulatur der Beamten wurden einzelne Abänderungen vorgeschlagen und insbesondere in der 9. Rangclasse die Titel „Magistrats-Oberconcipient", „Ober-Kanzlisten", „Oberthierärzte", „Oberconcipient" und „Oberofficial" beantragt.

Auch die Bezüge (Adjutanten) der Practikanten wurden in die Reorganisirung einbezogen und je nach den Studien mit 400, 500 und 600 fl festgesetzt; weiters wurden Diurnien mit 100 fl beantragt. Jeder grössere Rathaus soll seine eigenen Practicanten und Diurnisten erhalten. Der Practicantenstand soll eine Verminderung um 129 erfahren.

Zur einen Regulirung des Dienstrathes lag kein Anlass vor, da durch die seit im Oktober 1896 erfolgte Auflassung der dritten Bezügeklasse die Existenzverhältnisse der Dienerschaft wesentlich verbessert wurden. Das Ansuchen der Diurnisten um Verbesserung ihrer materiellen Lage soll nur besonderen Behandlung unterzogen werden.

Die Kosten für die normale Reorganisirung sind mit 464.700 fl jährlich, jene für die außerordentliche Personalvermehrung mit 126.600 fl jährlich veranschlagt, so dass die gesammte Regulirung ein jährliches Mehrerforderniss von 611.300 fl erheischt. Die normale Reorganisirung und ein Theil der bereits im heurigen Jahre wohlwollend verbundenen außerordentlichen Stallamtsvermehrung soll mit 1. September 1897 in Wirksamkeit treten und nach den dem Referate beigegebenen „Bestimmungen" erfolgen. Im Jahre 1897, für welches zu dem besprochenen Zwecke 100.000 fl budgetmäßig sichergestellt sind, wird ein Zusatzcredit von 77.167 fl erforderlich werden. Nach den vorgelesenen Bestimmungen soll die bisherige Veterinärabtheilung des Marktamtes künftig ein selbstständiges Amt unter der Bezeichnung „Veterinäramt" das Aufsichtsorgan ein Hilfsamt der Durchführung und das Exercitienamt als selbstständiges Amt einen eigenen Rathaus bilden.

Wenzer Antrag.

Sitzung vom 18. März 1897

Vorsitzender Vk. Wenzer.

Vk. Zerner referirt über den Vorschlag der Aufhebung und Zusammenlegung der Bezirksstellen, Verschmelzung der Bezirksstellen Rudolfsheim und Fünfhaus in Bezirksstellen Rudolfsheim-Fünfhaus.

Derselbe beantragt die Genehmigung der Vorlage und die Annahme folgender Resolution: Die Stadtvertretung wolle die Einrichtung von Bezirksstellen von Landstraße bis zum Thorsperr-Linienwall mit einem jährlichen Kostenaufwand von 5 Gulden bewilligen und die selbständigen Bezirksämter zu genehmigen.

187

Vz. Dr. Neumayer über-
nimmt den Vorsitz.

GR. Hofmann beantragt
in Angelegenheit der [illegible]
erledigung [illegible] einen [illegible]
zu d. [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] 189 [illegible]
[illegible] (Angen.)

Über Antrag des GR. Dr. [illegible] wird beschlossen u. [illegible]
Comité zur Vorberathung
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] zu [illegible]. Hiezu
werden die Stadträthe Dr. Lueger
u. Schreiner delegirt.

GR. Dr. [illegible] referirt
über die Frage der Schaffung
eines elektrischen Bahnnetzes
in Wien. Referent führt aus,
[illegible] der Firma Siemens
& Halske [illegible] dem Comité
der Jubiläumsausstellung 1898
[illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] vor-
gelegt wurden, welche die [illegible]
[illegible] — [illegible] — [illegible]
[illegible] — Rotunde, bzw. [illegible]
— Rotunde über die [illegible]
[illegible] — Rotunde —
[illegible] betreffen.

Der Referent stellt mit,
[illegible] Gemeinde-
[illegible] vom 29./ 1897
[illegible] Comités [illegible],
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] vom 17.
in seiner Sitzung [illegible] [illegible]
[illegible] über die Frage der Schaf-
fung eines elektrischen Bahn-

netzes [illegible] Beschluss gefasst habe
und beantragt die [illegible]
Comité gestellten Anträge
dem GR. zur Annahme zu
empfehlen.

Die Anträge haben nachste-
henden Wortlaut:

1.) Die Concessionen für die zu erbauenden elektrischen Bahnlinien [illegible] Linien [illegible] Einvernehmen mit der Gemeinde Wien, [illegible] vermittelst:
a) mit der Firma Siemens & Halske (eventuell auch mit anderen Unternehmungen) hinsichtlich ihres Projektes (Rotunde — Sophienbrücke — über [illegible] — hinter der [illegible] — die Ringstraße [illegible] an der Universität über [illegible] u. [illegible] der Alser-straße in die Lastenstraße ein, [illegible] unter Einbeziehung des Theiles der Lastenstraße von der Akademie der bildenden Künste bis zur Alserstraße und von [illegible] zur Franzens-[illegible]; b) mit der Ausstellungs-Commission der Jubiläumsausstellung 1898 hinsichtlich ihres Projektes (Luftbahn im Prater zur Sophienbrücke — [illegible] — [illegible] — Weissgärber [illegible] u. Sophienbrücke — Wassergasse — [illegible] [illegible]) mit Ausschluss der Strecke Sophienbrücke — [illegible], bezüglich welcher sich die Gemeinde nur einen Antheil am Reinerträgnisse vorbehält) über den Abschluss eines Bau- u. Betriebsvertrages, nach welchem die genannten Projektanten zum Bau u. Betriebe ihrer bezüglichen Linien einzeln oder gemeinschaftlich berechtigt sein sollen, unter folgenden Gesichtspunkten zu verhandeln:
I. Die Gemeinde Wien wird sofort Eigenthümerin der erbauten Linien, während mit

den Unternehmern nur nur Bau- u. Betriebs-Vertrag zustehen ist.

II. Der Gemeinde Wien bleibt innerhalb der Concessionsgrenze der städtischen Behörden auch die Einflussnahme auf die Festsetzung des Tarifes, der Fahrordnung gesichert.

III. Der Gemeinde Wien wird das Recht gewahrt, den Betrieb der bezüglichen Linien nach Erwerbung gegenseitiger selbständiger Entschädigung gegen Abzahlung der von Wechselmann festzustellenden Baukosten selbst zu übernehmen.

IV. Hinsichtlich der Frage des Betriebsmittels ist an dem Prinzipe des gemischten Betriebes festzuhalten, so zwar, daß dort, wo es die Rücksicht auf das Stadtbild gestattet, der Betrieb mittelst oberirdischer Zuleitung, sonst aber mittelst Accumulatoren durchgeführt wird.

V. Für den Betrieb elektrischer Bahnen in Wien wird die Erbauung eines eigenen Elektricitätswerkes seitens der Gemeinde Wien unter Berücksichtigung auf eine etwa in Aussicht genommene Ausdehnung in Aussicht genommen. Im Falle des Ausbaues dieses solchen Elektricitätswerkes der Gemeinde Wien hier die Projectanten verpflichtet, das Strom von der Gemeinde Wien zu beziehen. Falls dagegen die Gemeinde Wien ein eigenes Elektricitätswerk nicht bauen, so wird wegen Erbauung eines solchen durch die Projectanten selbst mit diesen zu verhandeln.

VI. Die sub 2 a u. b genannten Linien sind bis zum Beginne der im Jahre 1898 stattfindenden Gewerbeausstellung fertigzustellen.

Diese Anträge werden zum Beschlusse erhoben.

Weiters referiert HR. Dr. Mayrader über das Ansuchen des Ingenieurs Josef Tuliger um Vornahme technischer Vorarbeiten für eine von der gegenwärtigen Nussdorfer-Linie nach Grinzing zu führenden Tramway mit elektrischem Betriebe. Es wird unter der Bedingung die Zustimmung erteilt, daß sich der Unternehmer ver-

pflichtet, seine Arbeiten der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen und daß die Gemeinde Wien die Concession erwirbt. (Diese Linie soll durch die Billrothstraße, dann durch die Grinzingerstraße, Alter bis nach Grinzing führen, wobei eine ca. 300 Meter lange Strecke der Neuen Wiener Tram, nach in der Billrothstraße also Pferdestrecke benützt werden soll).

Der Hofsellerei-Erlaß betreffend die dem Eduard Lirenz erteilte Bewilligung zur Vornahme technischer Vorarbeiten für eine elektrische Bahn von der Rosenbrücke in die Grinzingerstraße wird zur Kenntnis genommen und beschlossen, ein weiteres Rechtsmittel gegen die vorliegende Entscheidung des Eisenbahn-Ministeriums nicht zu ergreifen.

Nach einem Referate des HR. Dr. Wagner wird das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Bewilligung zur Vornahme von Probebohrungen und Probegrabungen wegen einer der Strecke Vorgarten-Strasse-Lerchenfeld-Rückgrat-Franz Josefs-Quai einspurigen Bahn abgelehnt.

HR. Dr. Wagner bringt weiters vom Magistrate in Antrag gebrachte Vorgänge wegen Erbauung der Postsparkasse und einer Gartenanlage in Gratzing vorbehaltlich der Genehmigung zur Kenntnis.

Derselbe Referent trägt zur Beschlussfassung vor die Widmung der Baulichkeiten vor dem Hause v. Magera Hauptstr. 79 bereits durchgeführt wird.

HR. Gruntorad beantragt die Monatsrate für die städtischen Fürsorgehäuser abzuschreiben, ferner die Zuschrift, einer

Gewerbetreibende Gemeindeglieder
Hofe und ungefähr einer
Fläche aus eine Dienstleistung
zu betreiben habe. (Allg.)

Derselbe Referent bem.,
trägt das Projekt für die Be-
gung einer Wasserversorgung
Hofgeismar betreffend in der über
den eingereichten Abschrift
fassenden ersten Lesung in
der Weise, der Gutsherrschaft
gestattet zum Vorteil
Dienstboten unter gleichzeitigen
Verzichtleistung der Dienstboten
Dienstboenwohnung in
derselben Weise mit einem
Lehnverfahrensrecht von 27 Pfg.
zu genehmigen. Ferner sollen
beiden gemeinsam dienstlich
mit Hofgeismar Entleihung
von Eisel einer Wasser
Sicherung von 15 l Wasser
zur Verfügung zu gestatten.

Hr. Kleinschmidt bemerkt,
der Medizinalrat Dr. gem
Zustimmung, es sei der gem
Zweck in Landesbest. Schwalm
Wasserleitung, welche mit Hof
Gesellenwasser gespeist wird,
3 Feuerhydranten in Wirk-
ung zu bringen. (Allg.)

Derselbe Referent bem.,
trägt der Frau W. Feuerwehr
in N. Johann um Genehmigung
der Errichtung einer Gemeinde
Wirtschaft mit Wasserleitung
an Hofgeismar besitzt, einen
unentgeltlichen Beitrag von
Hofe zur Anschaffung einer
Spritze zu bewilligen. (Allg.)

Der Kirchenvorstand Hofgeis-
mar-Carlshafen stellt den Antrag
auf eine Kollekte von 100 ℳ
bewilligt.

Derselbe Referent bemerkt
~~trägt~~ über das Gesuch der
Miliz Veteranenbundes
für Niederösterreich, Oberöster-
reich, Salzburg u. Steiermark
um unentgeltliche Überlas-
sung eines Gewehrs zur Ge-
schichte unter d. Miliz-
Veteranen. Statt dem Gesuch
zu entsprechen, empfiehlt der Magistrat
zu verweigern, wegen Über-
lassung eines städtischen Ge-
wehrs an diesen Verein zur
nachfolgenden Verwendung zu
bewilligen. (Allg.)

Hr. Kleinschmidt bringt
das Bevölkerungsergebnis der Stadt
Hofgeismar (Hof. Carlshafen
inbegriffen) in der Person 1885
zur Kenntnis. Dasselbe ist
zu entnehmen ist in folge der
Eingemeindung Wilhelmshöhe aus
30.614 Personen (d.i. um 338 41 = 6 % =) an-
wuchs als im Jahre 1885. Die
mittlere Temperatur betrug Wärme
vor 12 90 R, jüngst der Kälte 15 °R.

Derselbe Referent bem. wegen
zur Besetzung der in Wolfshagen
dem Mondschein gesse bestehenden
Abtheilung der ältesten und zu
verpachten nur probeweise vorzustellen
Gestalten aufgenommen und gegebenen
und ganzjährig die Anlage einer
Schwimmbades daselbst zu bewilligen.
die Kosten beläuft auf rund 30.000 ℳ
zu bestimmen.

Hr. Tonnebe erkennt vor-
die Herstellung des Bedürfnisses der
städtischen Volks- u. Bürgerschulen am
Schule- u. Turnunterricht
(Grüppe IV.) für einen Schulkinder

und beantragt die Lieferung von Steinzeug, Ziegeln und Schlackensand für Firma L. & C. Hardtmuth zu übertragen sowie gegen Bewilligung der übrigen Artikel an Gruppe IV. (Seife, Farben, Bürsten, Pinsel etc.) zur Wahl einer außerordentlichen Hauptversammlung zu veranlassen. (Ang.)

VR. Zomek beantragt den deutschen Turnverein „Währing" den Turnsaal in der Schule Währing Hauptstraße 159 unter den üblichen Bedingungen zu überlassen. (Ang.)

VR Müller beantragt das Projekt für den Canalbau aus Gelse zu Schon 4.13 u. 4.13 zu genehmigen und die Kostenanforderung von 1981 fl zu genehmigen. (Ang.)

VR Zimmermann beantragt das Projekt für den Umbau des Canals Alsergrund, Frankgasse, Porzellangasse und Lichtenfelsgasse mit einem Kostenaufwande von 24.200 fl zu genehmigen. (Ang.)

Zur Herstellung eines Gleises zwischen Hernals und Währing wird der Magistrat V. Bezirk 2.350 fl bewilligt.

Die Offerte auf Abänderung der Schlaniischen Wasserleitung II. Schwarzgasse 10 um den Preis von 2500 fl wird angenommen.

VR Fischl referiert über die Sicherung der Wienfluss-Schotterbrücke Währing Hauptstraße 159 und beantragt mit Rücksicht darauf, dass das vom Stadtbauamte vorgelegte Projekt für die Herstellung eines Fluss-Canals

von einem abzumachenden Gewerbeinhaber. Dem Comitate ist vom Referenten die Bewilligung vorzuschlagen, verbleibenden (einem Bezirke von mit 7 Stimmen) wird die Bewilligung von 3200 fl zugesichert.

VR Fischl referiert über den Antrag, Wienfluss zwischen Ottakringer Bach = Canal und beantragt mit Rücksicht darauf, dass das vom Stadtbauamte vorgelegte Projekt für die Herstellung eines Fluss-Canals

zum Ottakringer Bachcanale an 1/2 Million erfordern wird, den Magistrat zu beauftragen, ein Projekt zur Regulierung des Wienflusses bis Ottakringer Bach = Canal und die Schwarzenbergbrücke vorzulegen, auch sei bei Ablaufung der Kinderspitals wieder das Schwarzenberg'sche Bureau der Gebäude-, Fluss- und Bauprofile und Erweiterung und Ergänzung desselben zur Herstellung des Ottakringerbach-Canals schleunigst ein Referent zu bestellen. (Ang.)